

Weltwochenschau

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Die Berner Woche**

Band (Jahr): **29 (1939)**

Heft 13

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Weltwochenschau

Deutung der Mussolinirede vom 26. März 1939

Ganz Italien war aufgefordert worden, die Rede des Duce vor den „Kampffaszi“ der Gründungszeit anzuhören. Außerhalb Italiens warteten alle Regierungen auf die Form und den Inhalt dieser Rede. Denn man war überzeugt, daß darin die konkrete Formulierung dessen stehen werde, was Italien von Frankreich fordere. Bisher gab es keine „offizielle Äußerung“ in bezug auf diese Forderungen. Die Äuße- rungen der Abgeordneten oder Volksräte: „Tunis, Korsika, Dschibuti“ waren nicht verpflichtend, auch für die Regierung nicht, die hinter diesen Ruf stand. Für Frankreich natürlich noch viel weniger. Sobald aber der Chef Italiens sich programmatisch festgelegt hat, wird das anders. Nach der Rede fragt man sich, ob er nun wirklich ein Programm aufgestellt, sich also festgelegt habe. Und demnach nicht mehr zurück könne.

Beim genauen Lesen seiner Aussprüche muß man sagen: Er hat sich nicht festgelegt. Die Rede ist vieldeutig geblieben, vieldeutig in jeder Hinsicht. Hinter dem lateinischen Donner und Pathos verbergen sich Widersprüche bedeutungsvoller Art. Kein Wunder, daß über den wahren Sinn seiner Meinung allenthalben gerätselt wird. Und daß man Schlüsse zu ziehen versucht in bezug auf die „Festigkeit der Achse“, die der Duce unter Verhöhnung der „Krämer-Demokratien“ so auffallend deutlich betont hat, zu auffallend deutlich, möchte man sagen.

Das wichtigste in der Form seiner Rede: Der Duce schiebt den Ball Frankreich zu. Die Ziele Italiens, die Gegenstände, über die Italien Verhandlungen wünscht, werden genannt: Tunis, Dschibuti, Suez. Korsika fehlt bedeutungsvollerweise. Dabei wird in keiner Andeutung gesagt, daß Italien territoriale Abtretungen wünsche. Frankreich möge seine Bereitwilligkeit erklären, zu verhandeln. Das ist alles. Frankreich kann also Erklärungen abgeben. Kann anbieten: Ein neues Statut für die Italiener in Tunis. Einen Freihafen in Dschibuti als Endpunkt der Bahn nach Addis-Ababa. Ein ordentlich schweres Aktienpaket der Suezkanalgesellschaft, Mitregierung in dieser Gesellschaft für Italien, Tarifreforme oder Tarifvorzüge für die italienischen Transporte nach Ostafrika. Alles Dinge, die Frankreich zugestehen kann, ohne an Prestige einzubüßen. Und selbst wenn man an solche Einbußen denkt: Sie zählen kaum nach den furchtbaren diplomatischen und moralischen Niederlagen, genannt „München“, Zerfall der „Kleinen Entente“ und Eroberung Mitteleuropas durch das Dritte Reich.

Erst wenn Frankreich seine Gegenangebote formuliert hat, und erst, wenn Italien sie als genügend oder ungenügend erklärt, wird man sagen können, der französisch-italienische Ausgleich sei möglich oder unmöglich. Und alle Erwartungen, die man an einen solchen Ausgleich knüpft, werden erst nach diesen Formulierungen und Erklärungen einen Sinn haben.

Sie gehen sehr weit, diese Erwartungen. Nicht umsonst beobachteten London und Paris schadenfroh, daß Italien unter den Gratulanten bei Hitler, nach der Besetzung Prags, fehlte. Nicht umsonst war die Rede von zwei aufeinander folgenden Sonderschreiben Hitlers an Mussolini. Und die neue Reise Goerings nach Rom, sein Flug nach Lybien zum Besuche Balbos und zur Inspizierung der Aufmärsche gegenüber der tunesischen und ägyptischen Grenze, vor allem aber seine forcierte Erklärung, Deutschland werde „um jeden Preis“ an der Seite Italiens stehen, bucht man in London als Anzeichen böser Verstimmungen und eifriger Versuche, den Duce wieder heiter zu stimmen.

Interessant ist eines der ersten Sondertelegramme, welches die Rt. Ztg. aus London kurz nach der Mussolinirede erhielt. London deutete gewisse Sätze etwa so: Mussolini sagt, zum

Mittelmeer zählt auch die Adria, an der wir am meisten interessiert sind. Seit 20 Jahren haben wir dort Frieden, denn wir haben uns mit den dort ebenfalls interessierten Slaven ausge- söhnt. Was er meine: Das Dritte Reich solle sich hüten, in diesem Teil des Mittelmeeres Interessen anzumelden. Mussolini sagt: Die Barrikade, die zwischen Italien und Frankreich lag, Spanien, ist gefallen. Er meine damit, die Gründe, die auf dieser Seite des Mittelmeeres einen Ausgleich mit Italien verhinderten, fielen nun für Frankreich dahin. Mussolini sagt ferner, London habe nach öftern Prophezeiungen eines italienischen finanziellen Zusammenbruchs geglaubt, Rom brauche eine Anleihe, und es könne nur eine englische sein. Was er aber meine, sei dies: Diese Anleihe müsse besonders groß sein, damit sie Albanien wirklich helfe.

In dieser britischen Bewertung der Duce-Rede sehen wir das optimistische Extrem der Ausdeutungen. Den absoluten Glauben, Italien sei „zu kaufen“. Nach allen Erfahrungen der letzten Jahre befinden sich diese Optimisten in einem bedenklichen Irrtum. Mussolini will Hitler „mit in dem Ding“ haben, das für ihn „Biererpakt“ heißt. Er will ihn als Gegengewicht gegen die beiden Westmächte auch nach einem Ausgleich mit Frankreich auspielen. Zu dritt ist Italien immer der Dritte. Zu viert ist er mit Hitler immer Paris und London ebenbürtig.

Die angekündigte Besetzung Madrids durch Franco, die Erfolge der Offensive in Andalusien, weitere Operationen, die mit Eintritt des Frühling erwartet werden, lassen bald eine Klärung der sehr wichtigen Frage erwarten, wie sich Franco endgültig gebärden werde. Die „Barriere“ oder „Barrikade“, die alsdann gefallen sein wird, zeigt entweder ein neutrales, zwischen Frankreich und Italien ausgleichendes Spanien . . . die Hoffnung der „Krämerdemokratien“, . . . oder ein mit Italien angreifendes Spanien. Je nachdem wird Italien sich von den französischen Minimalangeboten befriedigt oder nicht befriedigt erklären.

Es harzt schon wieder

Vor einigen Monaten nahmen wir Abschied von einem südamerikanischen Bizekonsul, der nichts mehr zu tun hatte und nach Buenos-Aires verreiste. „Man muß sich beizeiten davon machen“, sagte uns der Mann. „In sechs Jahren haben die Russen doch den ganzen Westen gefressen. Bis auf England . . .“ In diesem Ausdruck eines mit vielen Beziehungen ausgestatteten Menschen aus der „Oberklasse“ liegt das ganze Mißtrauen, das in Paris und London, in Warschau und Amsterdam, genau so wie bei uns, dem russischen Kolos gegenüber besteht. Und es ist dieses Mißtrauen, das in die Verhandlungen Englands mit Rußland und den verschiedenen großen und kleinen Staaten zur Aufrichtung einer „Friedensfront“ hineinspielt. Berlin hat schon am ersten Tage bei Bekanntwerden dieser britischen Schwelkung gespottet, es werde aus dieser Front nichts werden. Und heute scheint es, die Spötter hätten weitgehend recht.

Polen erklärt, es gehe seinen eigenen Weg und lasse sich in keinen Block hineinmanövrieren. Das mag vorsichtig sein, vor allem beim Betrachten der Tatsache, daß Großbritannien auch heute noch keine allgemeine Wehrpflicht besitzt und einzig die Russen als Beschützer in Frage kommen.

Rumänien hat mit Deutschland einen Handelsvertrag abgeschlossen und sich damit aus dem Bereich einer direkten Bedrohung gezogen, hütet sich aber weislich, einer antideutschen Allianz beizutreten. Die britische Regie, welche mit den bekannten Ultimatumserklärungen operierte, hat den Handelsvertrag wesentlich zugunsten der Rumänen beein-

flucht. Im übrigen ist es viel klüger, die bedrohten Staaten selbst außerhalb der Allianz zu lassen und nur die Erklärung abzugeben, ein Angriff auf sie würde für Deutschland den Krieg mit den Großen bedeuten.

Man hat diese Methode im Westen angewendet. Holland, Belgien und die Schweiz werden durch einen französisch-britischen Vertrag als „sakrosankt“ erklärt. Jeder Angriff auf eines der drei Länder soll den Krieg auslösen. Noch ist nicht ganz sicher, ob die Angegriffenen die Hilfe Frankreichs und Englands anzurufen hätten, oder ob bei freiwilliger Unterwerfung Paris und London still sitzen blieben. Vermutlich würden sie marschieren.

Wir sehen unter ziemlich schwierigen Verhandlungen ein System werden: Drei Großmächte erklären, daß der Angriff Deutschlands auf einen der sieben Staaten (es sind alle sieben kleinen Nachbarn Deutschlands gemeint), die Schweiz, Belgien, Holland, Polen, Rumänien, Jugoslawien und Dänemark, Deutschland in Krieg mit zwei Fronten bringe. Von Italien ist dabei nicht die Rede. Ein englisches Blatt behauptete, die italienischen Armeen in Afrika stünden am Tage des Kriegsausbruches wie „Blumen in einer leeren Vase“ da, dank der britisch-französischen Flotten. Von einer Mitbedrohung Italiens in einem von Deutschland provozierten Kriege sei also so wenig die Rede wie von der Möglichkeit einer italienischen Teilnahme.

Landesverteidigung

Der Bundesrat hat als vorsorgliche Maßnahme das Laden aller Minen, die unsere Brücken und Straßenehren an den Grenzen, und zwar an allen Grenzen, unpassierbar machen können, angeordnet. Zugleich wird die Verstärkung der Bewachungsmannschaften sofort eingeleitet. Die neue gesetzliche Grundlage vom 3. Februar ermöglichte diese Verstärkung ohne langen Umweg über die Befragung der Bundesversammlung. Die Beruhigung, welche dieses „Minimalaufgebot“ in den Grenzkantonen ausgelöst hat, ist sicher wichtiger als die ebenfalls aus dem Bundeshaus erlassene „Warnung vor Gerüchtemachen“, welche in gewissen Gegenden unseres Landes ihr Wesen treiben. Panik, Mißtrauen und falsche Nachrichten breiten sich leichter aus, wenn gezweifelt wird am Funktionieren unseres Verteidigungsapparates, als wenn darüber keine Zweifel bestehen. Wir können also ruhig sein: Die Minen werden springen. Bei Gefahrenzeichen höhern Grades wird der Bundesrat auch unverzüglich die Bestände mobilisieren können, die zur Verhinderung von Notbrückenbauten und improvisierten Straßebauten nötig wären. Die Mobilisation kann also als gesichert gelten.

Wir haben überdies auch das Gesetz über die oberste Armeeleitung durchgebracht, wenigstens im Nationalrat. Der Ständerat wird kaum viel Schwierigkeiten machen. . . es wäre auch höchst unzeitgemäß. Sowie so haben wir die Idee, daß diese „Umorganisation“ in einer mit Ueberraschungen drohenden Zeit eine gewagte Sache sei. Dringlich war sie, und von den Kreisen, die sie forderten, war die Lösung auch anders gedacht. Nun werden wir eine „Landesverteidigungs-kommission“ haben, gebildet aus dem Vorsteher des Militärdepartements, seinem Stellvertreter, dem Armeeeinspektor, der im Grunde die Seele der Kommission sein soll, dem Generalstabschef, dem Oberwaffenschef, den Kommandanten der Armeekorps, und in jedem die Luftwaffe interessierenden Fall auch den Kommandanten der Flugwaffe. Der „Inspektor“ gab allerhand zu reden.

Wir fragen uns heute, ob die „einheitliche Kommandogewalt“, welche die Offiziersreihe mit wenigen Ausnahmen wünschten, das von verschiedenen Nationalräten befürwortete radikale, auf dem „Befehl von zu oberst bis zu unterst“ beruhende System notwendigerweise als Bedrohung der Demokratie aufgefaßt werden müsse. Die Bestimmung von 1848, wonach ein solches System, dessen Sinnbild der gewählte General ist, erst in Kriegszeiten und erst nach Sank-

tion durch die Bundesversammlung errichtet werden dürfe, beruht auf dem Mißtrauen der immer „zivilen“ Demokratie vor der ihrer Art nach immer „diktatorischen“ Organisation einer brauchbaren Armee. Wir leben in einer ganz andern Zeit als 1848, trotzdem auch damals Gefahren unser Land umlauereten. . . Bei scharfer Abgrenzung des militärischen und zivilen Machtreiches sollte man die geforderte „straffste“ Organisation nicht fürchten.

Bundesrat und Parlamentsmehrheit haben die Vereinigung beider Forderungen: Die der Demokratie und die der „militärischen Kommandonotwendigkeiten“, versucht. Zur Beruhigung des Landes würden die ungesäumte Inkraftsetzung des Gesetzes, die Wahl des Armeeeinspektors, die beginnenden Sitzungen der Landesverteidigungskommission ihr gutes Teil beitragen. . . mehr noch als die Ladung der Minen.

Motorlastwagenpark und anderes

Der Nationalrat hat unter anderm auch beschlossen, die vom Bundesrat befürwortete Förderung der Anschaffung militärtauglicher Lastwagen zum Bundesbeschuß zu erheben. Die Bundeskasse wird also jenen Privaten, welche neue Lastwagen anschaffen, auf fünf Jahre hinaus die Automobilsteuer zurückvergüten. Dabei will man versuchen, der inländischen Autofabrikation Arbeit zu verschaffen. Im Vordergrund steht das Interesse an Wagentypen, die im Inland hergestellt werden, oder deren Ersatzteile im Inland beschafft werden können. Die Kommissionsreferenten stellten eine „große Ueberfremdung“ unseres Wagenparks fest. Das sind lauter Dinge, die man seit langem kannte, nur nicht so genau. Ebenso weiß man Bescheid über die Bestände an „veralteten“ Wagen.

Diese Versuche, unsere Wagenbeschaffung „autark“ zu gestalten, werden die automatisch eintretenden Bedrängnisse der „camionkonkurrierenden“ Bahnen nicht wettmachen, aber mildern. Den Ausfällen infolge vermehrten Lastwagenbetriebs steht wenigstens irgendwo ein Verdienst gegenüber. . . werden alle Wagen importiert, ist das nicht der Fall; im Gegenteil, zur Belastung eines Gewerbes im Inland kommt noch ein Minusposten in der Handelsbilanz.

Ein weiterer „Autarkievorstoß“ wurde im Räte unternommen, um die Last der Benzineinfuhr herabzudrücken, indem eine noch erhöhte Forcierung des Holzgasverbrauches verlangt wurde. Nun sind für neue Wagen, die Holzgas verbrennen, 1000 Franken Zuschuß versprochen. Die Holzgasliebhaber wollten diesen Zuschuß auf die schon im Betrieb befindlichen Wagen ausgedehnt wissen. Sie drangen nicht durch. . . aus guten Gründen. Wenn der Wagenpark vermehrt werden soll, müssen die Mittel auf neue Wagen verwendet werden, die alten sind schon sowieso da. Das gilt auch für die Holzgasbrenner; besser höhere Zuschüsse für alle, die neue Fahrzeuge anschaffen, als Verzettlung im Namen einer „unrationalen Gerechtigkeit“, die auch gleichzeitig noch den Holzproduzenten einen Hasen in die Küche jagen sollte.

Da der Ständerat, entgegen den Beschlüssen seiner Kommission, nun doch 20 Millionen für die Kistenstraße bewilligt hat, erkennt man, in welchem Umfange man die Wichtigkeit von Straße und Camion, neben den bestehenden Bahnen, einschätzt. Man denkt nicht an neue Bahnen, etwa einen neuen Alpendurchstich von der Gotthardlinie her nach Graubünden. Nicht einmal an die Normalisierung der schmalspurigen Brünigbahn, geschweige denn an einen Basistunnel für diese Linie.

—an—

We scho **PERSER-**
de vom **Stettler**
Amthausgass 1 Bärn